

Bildung im Fokus: Wiederkehr plant Handyverbot und mehr Elternpflichten!

Wiener Bildungsminister Wiederkehr plant Geldstrafen für Eltern von Problemschülern und ein Handyverbot an Schulen.

Wien, Österreich - Der neue Bildungsminister Christoph Wiederkehr bringt frischen Wind in die Österreichische Bildungspolitik. In einem jüngsten Interview erklärte er seine Pläne zur Bekämpfung von Bildungsdefiziten und Überlastungen im Schulsystem. Zahlreiche schulpflichtige Kinder sind in den vergangenen Jahren durch den Familiennachzug nach Wien gekommen – bis zu 400 Kinder pro Monat. Um dem entgegenzuwirken, fordert Wiederkehr die Aussetzung des Familiennachzugs. „Das Wachstum im Schulsystem ist nicht mehr tragbar“, so der Minister. Er fügte hinzu, dass Österreich der EU einen nationalen Notstand nachweisen müsse, was bislang nie anerkannt wurde. Dies betrifft nicht nur die Schule, sondern auch die Integrationskapazitäten in Arbeit und Wohnen, die an ihre Grenzen stoßen, berichtete **Kurier**.

Handyverbot und Mitwirkungspflicht für Eltern

Ein weiterer zentraler Punkt auf Wiederkehrs Agenda ist ein bundesweites Handyverbot an Schulen bis zur achten Schulstufe. Dies gelte nicht nur für Handys, sondern auch für Tablets und Smartwatches. „Nach Gesprächen mit Pädagog*innen, Schüler*innen und Expert*innen steht fest: Es braucht klare Regelungen“, betonte er. Bereits 80 Prozent der Pflichtschulen haben eigene Vorschriften, dennoch sollen nun

einheitliche Vorgaben geschaffen werden. Zusätzlich plant Wiederkehr eine Mitwirkungspflicht für Eltern an Schulen, woraufhin Erziehungsberechtigte, die wiederholt zu Elterngesprächen fehlen, mit Geldstrafen rechnen müssen. „Jeder, der hier lebt, muss auch mit den Lehrpersonen reden“, stellte er klar, so **Krone**.

Wiederkehr sieht dringenden Handlungsbedarf: 25 Prozent der 15- bis 16-Jährigen erreichen die Bildungsstandards in Schreiben, Lesen und Rechnen nicht. Mit Maßnahmen wie verpflichtenden Kursen oder einer möglichen Verlängerung der Schulzeit für betroffene Schüler möchte er sicherstellen, dass kein Jugendlicher ohne grundlegende Kompetenzen die Schule verlässt. „Die Deutschkenntnisse sind gesunken, nicht nur wegen Migration, sondern auch durch die Digitalisierung“, erläuterte Wiederkehr und machte deutlich, dass Eltern eine zentrale Rolle in der sprachlichen Förderung ihrer Kinder spielen müssen.

Details	
Vorfall	Bildungspolitik
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• kurier.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at